

KOMMENTAR

Pandemie: Sonderrechte wären kontraproduktiv
Die Grundrechte für alle
schnellstmöglich retablieren

Es gehört zu den Kernaufgaben des Staates, seine Bürger zu schützen: auch vor den Folgen einer Pandemie. Ebenso ist es oberste Pflicht des Staates, die Grundrechte seiner Bürger zu gewährleisten. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass deren Einschränkung engen Grenzen unterliegen muss und nur in Ausnahmefällen erfolgen darf. Außerdem muss der soziale Zusammenhalt der Menschen im Staat stets ein zentrales Anliegen der Regierungen sein. Daher ist die Debatte über großzügige Sonderrechte für Geimpfte wenig zielführend.

Die Grundrechte stehen nicht zur Disposition. Auch wenn man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass so mancher Politiker sich langsam wie einst römische Kaiser fühlt, die durch das Senken des Daumens selbst über Leben und Tod von Menschen verfügen konnten.

Die gute Nachricht ist definitiv, dass die Impfkampagne in Belgien gut vorankommt und dass die Menschen das Impfangebot in großem Umfang annehmen. Belgien hat sich mit der Zeit in der Bekämpfung der Pandemie immer weiter verbessert: auch beim Impfen. Insbesondere Ostbelgien ist mit seiner Impfkampagne erfolgreich und führt mittlerweile im innerbelgischen Vergleich. Dass dem so ist, kann man nur begrüßen. Auf der anderen Seite haben die Menschen im Land ein Recht darauf. Wie sagte die Vorsitzende des deutschen Ethikrates, Prof. Dr. med. Alena Buyx, kürzlich sinngemäß: Das schnelle Impfen der Menschen sei eine ethische Pflicht des Staates.

Im allgemeinen haben die Regierungen nicht viel Federlesens gemacht, als es darum

ging, massivst und auf breiter Front in die Grund- und insbesondere die Freiheitsrechte ihrer Bürger einzugreifen. Ob Gefährdete oder Gefährdeten, ob weniger Gefährdete oder weniger Gefährdeten: Oft hat der Staat mit gleichem Kamm und ziemlicher Willkür die Rechte aller beschnitten. Daher ist es nur billig, wenn der Staat sich jetzt doppelt überlegt,



Von
Oswald
Schröder

Geimpften Sonderrechte zu gewähren.

Ganz abgesehen von der Gefährdung des sozialen Friedens, sollte der Staat seine ganze Energie darauf verwenden, die Impfkampagne weiter zu beschleunigen, damit allen Bürgern, auch Jugendlichen, schnellstens ein Impfangebot zu machen, damit alle Bürger möglichst schnell ihre Grundrechte ausüben können. Außerdem müssen flächendeckend kostenlose Tests für alle angeboten werden. Eine Impfpflicht hingegen darf es nicht geben, auch keine verkappte. Dann sollte der Staat endlich eine eng abgesteckte gesetzliche Grundlage für Pandemieerregungen erlassen und sich, last but not least, voll in die wirtschaftliche Erholung des Landes investieren, das durch seine großflächigen Pandemiemaßnahmen schwersten Schaden genommen hat. Alles andere sind Nebenkriegsschauplätze.

DIE ZAHL

150 Millionen

In der Europäischen Union sind inzwischen 150 Millionen Impfungen gegen Covid-19 verabreicht worden. Die Zahl nannte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Dienstag auf Twitter. Das Impftempo ziehe überall in der EU an. „Ein Viertel der Europäerinnen und Europäer hat schon die

erste Dosis erhalten“, schrieb von der Leyen. „Im Juli werden genug Dosen da sein, um 70 Prozent der Erwachsenen in der EU zu impfen.“ In den 27 EU-Staaten leben etwa 450 Millionen Menschen. 70 Prozent der Erwachsenen entspricht nach Angaben der EU-Kommission etwa 266 Millionen Menschen. (dpa/sc)

DAS WORT DEN LESERN

Windparkprojekt
in Emmels

Zum Projekt Windpark in Emmels: Wie auch bei der öffentlichen Vorstellung der Erweiterung des Windparks in Emmels vom vergangenen Freitag hervorgeht, gibt es bei dem Projekt keine echte Bürgerbeteiligung. Der Referenzrahmen der Wallonischen Region empfiehlt ausdrücklich eine Beteiligung der Gemeinde und der Bürger zu je 24,99 Prozent. Diese Empfehlung wird beim aktuellen Projekt der Gemeinde St.Vith in Emmels absolut nicht berücksichtigt (geplante Gemeindebeteiligung 4%, geplante Bürgerbeteiligung 0%).

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde St.Vith und der Nachbargemeinden müssen die Nachteile dieses Projektes in Kauf nehmen (Lärmbelastigung, Schattenwurf, Eingriff ins Landschaftsbild, Bereitstellung von Ausgleichflächen,...) ohne einen Nutzen daraus zu ziehen. Die Betreiber profitieren alleine vom Gewinn. Und das es zum allergrößten Teil Unternehmen aus Luxemburg, Deutschland, Frankreich und China sind, fließt der Gewinn ins Ausland ab.

Wo bleibt die von der Wallonischen Region empfohlene lokale Wertschöpfung durch solche Projekte? Mit der Vorgehensweise der Gemeinde St.Vith wird die Abhängigkeit von den großen Konzernen im Energiebereich nicht reduziert. Aus diesem Grund bin ich, und andere sicher auch, nicht bereit, für die Großkonzerne „Bank zu spielen“ („Crowdfunding“). Durch eine echte Bürgerbeteiligung käme der Mehrwert dieses Projektes auch den Menschen vor Ort zugute. Es ist mir ein Rätsel, warum die Gemeinde St.Vith als Eigentümerin der Parzellen auf eine echte Bürger-Gemeindebeteiligung verzichtet hat?

Heinrich Eicher, Ober-Emmels

Sehr geehrte
Streithähne der
Gemeinde Lontzen

Zur Kommunalpolitik in Lontzen und dem Streit von zwei Fraktionen im Gemeinderat: Wie bereits in der letzten Sitzung angemerkt, habe ich immer noch den Eindruck, dass es sich nicht um das Projekt Schule Herbesthal, sondern um einen Machtkampf zwischen Union und Energie handelt. Schade für dieses Projekt Schule! Wir, die Liste Plus, empfinden es traurig und beschämend, dass in der Politik ein solches Benehmen an den Tag gelegt wird. Und vor allen Dingen bei einem solch großartigen Projekt, wie dem Neubau einer Schule in Herbesthal, diese Uneinigkeit an den Tag zu legen und das Ganze auf die politische Schiene zu verlagern.

Wir, auch als Opposition, distanzieren uns davon, gegen den Neubau der Schule Herbesthal zu sein. Natürlich sind wir für einen Neubau und der dazugehörigen neuen Bestimmungen der alten

Gebäude. Diese Bestimmung der Nutzung sollte nur baldmöglichst offengelegt werden, damit sich jeder ein Bild darüber machen kann und aktiv an der Gestaltung teilnehmen kann. Klar kann man jetzt noch nicht vorhersehen, welche Bestimmung die weiße Schule hervorbringen wird, aber eine gewisse Ahnung sollte doch auch bei so einem Projekt vorhanden sein.

Unsere Anregungen für mögliche Unterbringungen wären unter anderem natürlich Polizei, ÖSHZ und Kaleido sowie das RZKB. Auch ein fester Raum für andere Aktivitäten wäre eine Bereicherung.

Ebenfalls wäre es möglich, die Ämter aus dem Gemeindehaus zu verlegen, die einen regen Publikumsverkehr verzeichnen. Für das von der Union bezeichnete alte „rote Gebäude“ wäre es vielleicht sinnvoll, dort die Verwaltung auszubauen, um sich von den jetzigen Containern zu verabschieden.

Diese Ideen bedürfen noch einiger Ausarbeitungen, die in den entsprechenden Kommissionen geplant und ausdiskutiert werden müssten, um den optimalen Standort für jede einzelne Institution festzulegen. Somit könnte eine Art Campus mit kurzen Wegen in Herbesthal entstehen.

Die Liste Plus hofft, dass sich unsere kommunalen Streithähne doch mal am Riemen reißen und gemeinsam, respektvoll und konstruktiv an einem großen globalen Projekt, Neubau Schule, Umbau weiße und rote Schule gemeinsam mit uns zu investieren.

Wir hoffen, als relativ neue Liste in der Gemeinde Lontzen unseren alteingesessenen Politikern mit unseren Ideen einen Denkstoß für dieses globale Projekt Herbesthal empfohlen zu haben. Wir erwarten und wünschen, dass sämtliche Streitigkeiten beigelegt werden, da es sich bei diesem Projekt schließlich um eine große Bereicherung für die Gemeinde handelt!!

Für die Liste Plus
im Gemeinderat Lontzen
Sonja Cloot

Impfung gegen
Ausgrenzung?
Nein, Danke!

Zur Corona-Impfkampagne: Was die Skeptiker der Corona-Maßnahmen schon sehr früh befürchtet und die Politiker stets vollmundig „geleugnet“ hatten, wird nun allmählich Realität: Der Impfpflicht! Dem Impfverweigerer droht nun keine Geld- oder Gefängnisstrafe, aber der Entzug seiner freiheitlichen Grundrechte. Bereits aufgrund der tatsächlich fehlenden Langzeitstudien bezüglich der Nebenwirkungen der Impfung ist es weder dumm, noch unverantwortlich, die Impfung abzulehnen. Ich vermisse den Respekt vor den Überzeugungen dieser Zweifler.

Wie viele Jahre hat es gedauert, bis Europa die Religionskriege, die letzt-

endlich die Folge genau dieses fehlenden Respekts vor den anderen Überzeugungen der Anderen waren, überwunden hatte?

Die Fragen, inwiefern denn nun ein Nichtgeimpfter überhaupt eine Gefahr für den Geimpften darstellt, oder wie denn langfristig mit den Nichtgeimpften, deren Zahl sich sogar in Israel auf rund 30% der Bevölkerung einzupendeln scheint, umgegangen werden soll, werden gar nicht erst aufgeworfen.

Aus Solidarität mit denjenigen, denen die Ausgrenzung aus der Gesellschaft aufgrund ihrer persönlichen Überzeugung droht, kommt die Impfung für mich, wenn überhaupt, erst dann in Frage, wenn diese Ausgrenzung vom Tisch ist. Schließlich sollte eine Impfung gegen eine Krankheit und nicht gegen Ausgrenzung schützen. Mehr kann ich im Moment nicht gegen die drohende unsägliche Spaltung unserer Gesellschaft tun.

Gerhard Schmitz, St.Vith

Erkaufte Freiheit...?

Zur Corona-Impfkampagne: In den letzten Wochen begegnete ich vielen Menschen, die mir sagten, dass sie sich impfen lassen werden, da sie ihre Freiheit zurück erlangen wollen. Ich kann diese Überlegungen gut nachvollziehen, doch liegt in ihnen ein Irrglaube: Es wird keine Freiheit durch die Impfung geben!

Freiheiten, wie die Bewegungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Reisefreiheit, usw. gehören zu unseren Grundrechten. Sie stehen uns Menschen ohne Wenn und Aber zu.

Das Gewähren dieser Rechte an Bedingungen zu knüpfen, wie zum Beispiel dem Geimpft sein, ist ein Widerspruch in sich, denn Grundrechte sind per Definition bedingungslos – Punkt! Wenn wir uns einmal darauf eingelassen haben, Grundrechte nur noch zu erlangen, wenn wir tun, was andere – zum Beispiel der Staat – verlangen, dann haben wir sie bereits verloren. Wieso heißt der Impfpass, auch „grünes Zertifikat“ genannt, nicht einfach „Passierschein“. Praktisch gesehen, ist er genau das.

Technisch bietet er schon jetzt die Möglichkeit, weitere Bedingungen aufzunehmen, um Zugang zu etwas zu erlauben oder zu verbieten. Ist es wirklich so abwegig zu glauben, dass in naher Zukunft unsere Freiheiten aus ganz anderen Gründen eingeschränkt werden könnten? Ist uns eigentlich bewusst, welche Macht wir damit in den Händen derer geben, die über dieses Instrument verfügen?

Jeder sollte sich, unter genauer Abwägung des Nutzens und der Risiken für oder gegen die Impfung entscheiden. Unabhängig davon sollten wir alle gemeinsam, also Geimpfte und Ungeimpfte, solche Instrumente vehement ablehnen. Wer seine Freiheit der Freiheit willen aufgibt, hat sie schon verloren!

Alain Mertes
Vivant-Fraktion im PDG

HOTLINE

Kritik?
Meinungen?
Anregungen?
087/591340

Heute für Sie
von 11 bis 12 Uhr
am Telefon:
GE-Redakteur
Arno Colaris



NAMENSTAGE

Sigrig, Jutta

SPRUCH ZUM TAG

Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern, dass er nicht tun muss, was er nicht will.

Jean-Jacques Rousseau,
Schriftsteller

KALENDERBLATT

Mittwoch, 5. Mai 2021
125. Tag des Jahres, 240 folgen.

2012
Anlässlich der Feierlichkeiten zum niederländischen Befreiungstag in Breda hält der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck als erstes ausländisches Staatsoberhaupt die zentrale Rede.

2005
Mit 35,2 Prozent erringt die Labour Party mit Premierminister Tony Blair an der Spitze aufgrund des geltenden einfachen Mehrheitswahlrechts bei den Britischen Unterhauswahlen zum dritten Mal die absolute Mehrheit der Sitze im House of Commons.

1999
Indonesien und die ehemalige Kolonialmacht Portugal schließen in New York ein Abkommen über die friedliche Lösung des Konflikts um Osttimor: Danach soll im Herbst ein Referendum über die Unabhängigkeit des Landes abgehalten werden.

REDAKTION

Sekretariat Redaktion: 087/591 - 322
Sekretariat Geschäftsstelle: 087/591 - 300

Chefredakteur
Oswald Schröder (os) - 390

Chef vom Dienst
Christian Schmitz (sc) - 392

Politik & Gesellschaft / Aus der Region
(politik@grenzecho.be)
Ulrike Mockel (um) - 324
Sascha von Montigny (svm) - 328

Eupener Land / Göhl und Iter
(eupenerland@grenzecho.be)
Heinz Gensterblum (hegen) - 326
Martin Klever (mcfly) - 343
Nathalie Wimmer (nawi) - 333
Annick Meys (sue) - 320

Redaktion Brüssel
Gerd Zeimers (gz) 02/225 53 22

Eifel / Ardennen
(eifel@grenzecho.be)
Arno Colaris (arco) - 319
Petra Förster (pf) - 318
Allan Bastin (ab) - 356

Sport
(sport@grenzecho.be)
Mike Notermans (mn) - 391
Jürgen Heck (jph) - 329
Tim Fatzaun (tf) - 323

Online
aktuell@grenzecho.be
Mario Vondegracht (mv) - 325
Carsten Lübke (calü) - 345

Fotografie
David Hagemann (dh) - 351

GRENZECHO

St. Vith'er Zeitung

Verlag Grenz-Echo AG, Marktplatz 8, 4700 Eupen - HRE 9465
MwSt.-Nr. BE-0402 337 093 - Internet: www.grenzecho.net
E-Mail: abo@grenzecho.be - anzeigen@grenzecho.be

Geschäftsstelle Eupen,
Marktplatz 8, 4700 Eupen
Tel. 087/59 13 00
Fax 087/74 38 20

Öffnungszeiten:
Mo. - Fr.: 9.00-12.30 Uhr
13.30 - 17.00 Uhr
Sa.: geschlossen

Druckerei: Rossel Printing SA

Verantwortlicher Herausgeber:
Ernst Thommessen
Direktor: Olivier Verdin
Chefredakteur: Oswald Schröder

Geschäftsstelle St.Vith,
Hauptstraße 89, 4780 St.Vith
Tel. 080/22 86 76
Fax 080/22 65 91

Öffnungszeiten:
Mo. + Fr: 8.00 - 17.00 Uhr
(durchgehend)
Di. - Do.: 8.30 - 12.30 Uhr
13.00 - 17.00 Uhr
Sa.: geschlossen

Generalsekretär: Olivier Weber
Werbung: Tim Verdin
Marketing: Ronnie Jorquera
Abonnements: Sylvie Heeren

Die Artikel aus dieser Zeitung unterliegen dem Autorenrecht.
Bevor Sie Artikel kopieren, informieren Sie sich unter www.presscopyrights.be
Das GrenzEcho verwertet u.a. Texte und Illustrationsmaterialien der Nachrichtenagenturen belga und dpa in seiner Berichterstattung. Das Copyright für dpa-Nachrichten liegt bei der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Hamburg. Eine Weitergabe, Speicherung oder Vervielfältigung ohne Nutzungsvertrag mit der dpa ist nicht gestattet. Alle Rechte bleiben vorbehalten.